



Univ.-Prof. Dr. Egon Jüttner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Egon Jüttner, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Egon Jüttner
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 72291
Fax: (030) 227 - 76172
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Wahlkreis

Schönauer Str. 7a
68307 Mannheim
Tel.: (0621) 7897390
Fax: (0621) 7887714
E-Mail: egon.juettner@mannheim.de

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

„Menschenrechte weltweit schützen“. So lautet der Titel des Antrags der Fraktionen aus CDU/CSU und SPD. Der Antrag bringt zum Ausdruck, daß wir uns uneingeschränkt zu den Menschenrechten bekennen und daß wir sie auch einfordern – bei uns und überall in der Welt. In den 17 Forderungen unseres Antrags an die Bundesregierung kommt zum Ausdruck, daß es uns ernst ist, alles zu tun, um die Menschenrechte auch durchzusetzen. Die Forderung nach Einhaltung der Presse- und Meinungsfreiheit ist ebenso wichtig wie die Forderung nach Stärkung der Menschenrechtsschutzsysteme, die weltweite Abschaffung von Todesstrafe und Folter ebenso wie die Bekämpfung der Sklaverei, Ausbeutung und Menschenhandel. Aber auch der Schutz von Frauen und Kindern ist uns ein wichtiges Anliegen.

Meine Damen und Herren, bei Menschenrechtsverletzungen dürfen wir nicht schweigen. Wir müssen uns einmischen und in einen ständigen Dialog mit den Verantwortlichen jener Staaten treten, die Menschenrechte verletzen. Die Menschenrechte haben deshalb in unserer Außenpolitik einen hohen Stellenwert. Im Koalitionsvertrag wird die Einhaltung der Menschenrechte ausdrücklich als eine Grundlage deutscher Außenpolitik bezeichnet. „Interessengeleitete Außenpolitik muß auch wertegeleitete Politik sein“, sagte die Bundeskanzlerin beim Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 2008 anlässlich der damals 60 Jahre zuvor von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Sie machte zu Recht



Prof. Dr. Egon Jüttner
Mitglied des Deutschen Bundestages

deutlich, daß zu einer wertegeleiteten Außenpolitik auch die Anmahnung der Menschenrechte gehört. Wenn wir Menschenrechte einklagen, dann darf es sich nicht um Lippenbekenntnisse handeln. Eine wertegeleitete Außenpolitik darf sich nicht scheuen, auch wirtschaftlichen Druck auf ein Land auszuüben, wenn dieses die Menschenrechte massiv verletzt. Aber auch in der Entwicklungspolitik müssen wir menschenrechtliche Anforderungen stärker in den Vordergrund stellen. Wir dürfen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur Menschenrechtsprojekte fördern. Wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit auch als Instrument zur Einhaltung von Menschenrechten einsetzen. Ich nenne das Beispiel Uganda. Dort konnte dank massiven Drucks seitens der Europäischen Union, aber auch auf Druck des deutschen Ministers für Entwicklungszusammenarbeit zumindest vorläufig ein Gesetzesverfahren gestoppt werden, das die Todesstrafe für Homosexuelle vorsieht.

Handfeste wirtschaftliche Interessen dürfen nicht dazu führen, menschenrechtliche Prinzipien zu vernachlässigen oder gar aufzugeben. Gerade in einer globalisierten Welt mit ihren wirtschaftlichen Interessen müssen wir uns energisch für die Einhaltung menschenrechtlicher Prinzipien einsetzen. Sie müssen für uns eine besondere Herausforderung sein. Wirtschaftlicher Erfolg und Werte wie Demokratie und Menschenrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb stehen wir klar zu unseren Forderungen, zu denen auch die weltweite Abschaffung der Todesstrafe gehört. Allein im Jahre 2008 wurden mindestens 2390 Menschen hingerichtet. Todesstrafe und Menschenrechte sind unvereinbar. Diese Haltung müssen wir Ländern wie China oder dem Iran, aber auch demokratischen Ländern wie den USA oder Japan deutlich machen.

Unser Respekt gilt jenen, die sich oft unter Gefahr für das eigene Leben beharrlich für die elementaren Menschenrechte anderer einsetzen: den Menschenrechtsverteidigern und –verteidigerinnen. Wir müssen sie überall dort, wo dies uns möglich ist, unterstützen, sie schützen und ihre Arbeit fördern. Ohne ihr Wirken wäre die weltweite Durchsetzung von Menschenrechten nicht denkbar.



Prof. Dr. Egon Jüttner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir die Bundesregierung nicht nur auffordern, sondern ihr auch den Rücken stärken in ihrem Bemühen, sich weltweit für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.